

A 8 - Initiative „Eine sozial gerechte Bildungspolitik für alle in Baden-Württemberg“

Eine Initiative „Eine sozial gerechte Bildungspolitik für alle in Baden-Württemberg“ starten.

Ausgangslage:

Baden-Württemberg ist bundesweit das Schlusslicht bei der sozialen Gerechtigkeit im Bildungswesen. Nirgends ist das Schulsystem so selektiv wie hier, d.h. soziale Unterschiede werden durch die Schule verstärkt. 20-25 % der jungen Menschen werden durch das Bildungswesen abgehängt. Die grün-schwarze Landesregierung, ein zukünftiger CDU-Kultusminister, die zunehmende Privatisierung des Bildungswesens u.v.m. verschärfen diesen Konflikt.

Selbst die kleinen Reformen der bisherigen grün-roten Landesregierung haben eine konservativ-reaktionäre Gegenbewegung hervorgerufen. Das reaktionäre Rollback wird mit dem Erstarken der AfD vermutlich zunehmen. Die Landesregierung wird dem kaum etwas entgegensetzen (wollen). Gleichzeitig sind viele Menschen in diesem Land mit dem selektiven Bildungswesen unzufrieden. Sie wollen ein Bildungswesen, das die soziale Ungleichheit ausgleicht und ein Schlüssel zur Integration ist.

Ziel:

Die LINKE Baden-Württemberg entwickelt ein selbstbewusstes bildungspolitisches Profil. Entlang unserer Ziele - kostenfreie Bildung von der Kita bis zur Uni (einschließlich kostenfreier Verpflegung an Kitas und Schulen) sowie gemeinsames Lernen von der Kita bis zur 10. Klasse - entwickeln wir in allen Parteigliederungen Kompetenz zu dem Thema und entwerfen ein attraktives Konzept für „Eine sozial gerechte Bildungspolitik für alle in Baden-Württemberg“.

Schritte:

- Den Orts- und Kreisverbänden werden im Rahmen der parteiinternen „Politischen Bildung“ ermöglicht, sich mit dem herrschenden selektiven Bildungswesen und alternativen Modellen auseinanderzusetzen. Diese Veranstaltungen sollen die Bereitschaft wecken, sich ein neues Bildungswesen vorzustellen. Es finden Veranstaltungen mit Referenten/innen aus der Wissenschaft, der Praxis und von Selbstorganisationen statt. In diesem Rahmen werden eigene Vorstellungen und Fragestellungen entwickelt.
- Der Landesvorstand gibt einen geeigneten Rahmen, um die Mitglieder Diskussion zu bündeln und das bildungspolitische Profil weiter zu entwickeln und stellt einen Referenten/innenpool zusammen.
- Wir gehen auf potentielle Bündnispartner zu (Elternverbänden, Jugend-, Schüler, und Studentenorganisationen, andere Parteien, Gewerkschaften, NGOs etc.), um gemeinsame örtliche und landesweite Initiativen zu stärken oder aufzubauen und eine Öffentlichkeitsarbeit zu entwickeln.

Am Ende soll eine breite soziale Bewegung gegen das selektive Bildungswesen und für „Eine sozial gerechte Bildungspolitik für alle in Baden-Württemberg“ stehen.